

POPULISMUS AUF ITALIENISCH

„Hinter seinem Lächeln und seiner Bonhomie ist Italien zu dem Land Europas geworden, in dem der Lebenskampf am härtesten und die Jagd nach Geld und Erfolg zwingend und gewalttätig ist. Es gibt eine relativ kleine herrschende Klasse, die an der Macht klebt. Überholte Sitten und Ansichten leben fort, sowohl in der Familie, als auch in der Diskrepanz, ja, im Widerspruch zwischen Legalität und öffentlichem Bewusstsein. Und doch ist es kein statisches Land, sondern es erscheint rückständig und avantgardistisch zugleich. Was ich zeigen möchte, ist vor allem der Kontrast zwischen der verkrusteten Oberfläche der Immobilität und den unterirdischen Bewegungen, die von den aufeinander folgenden Regimes verdeckt werden.“

Guido Piovene, *Viaggio in Italia*, 1966¹

Das schrieb Guido Piovene, nachdem er vor einem halben Jahrhundert monatelang das Land kreuz und quer durchreist hatte und fuhr fort: „Der soziale Wandel geht in Italien mit einem stärker ausgeprägten kulturellen Niedergang einher als in anderen vergleichbaren Kulturen. Das ist einer der Korrosionseffekte der schwächlichen Natur des laizistischen (d.h. nicht mehr konfessionell verfassten /d.A.) Staates (*stato laico*), der, aus dem *Risorgimento*² geboren, von der folgenden historischen Entwicklung überrollt wurde, noch ehe er sich ein stabiles Fundament hatte schaffen können. Die Ursachen dafür sind Armut, die Existenz staatsfern gebliebener Massen, eine Vielzahl von Parteien, die diesen Staat unterminieren wollen, um ihn durch einen andersgearteten zu ersetzen und nicht zuletzt die unzulängliche und zwiespältige Hingabe eines Teils seiner Vertreter.“

Diese Einschätzung erscheint immer noch aktuell: Ändert sich also tatsächlich in diesem Lande nichts? Oder ist es vielmehr „nötig, dass alles sich verändert“, damit „alles bleibt, wie es ist“, wie Tancredi, der Neffe des Fürsten von Salina, mutmaßte und sich folgerichtig auf die Seite Garibaldis schlug, nach dessen Landung in Sizilien im Jahre 1860?³

¹ Guido Piovene, *Viaggio in Italia*, Milano 1957, S. 675/6. (Alle nicht anders gezeichneten Übersetzungen aus dem Italienischen sind von der Verfasserin).

² Name der nationalen Einigungsbewegung (1796–1861/70).

³ Giuseppe Tomasi di Lampedusa, *Il gattopardo*, Feltrinelli, Milano 1958 (dtsch. *Der Leopard*, dtv, München 1965, S. 30).

aus: Festschr. / Weyer (Hg.)

Populismus in Italien. Sperrwart

I. Populismus als Herrschaftsinstrument

Italien ist seit jeher von starken Ambivalenzen gekennzeichnet: So verfügt seine Bevölkerung zwar über einen ausgeprägten Sinn für politischen Realismus, aber die relative Schwäche der politischen Strukturen ist sprichwörtlich. Das Land Macchiavellis, des Erfinders der „Politik“ der Moderne, hat seine in der Renaissance führende Rolle in Europa längst verloren, und die heutigen Inszenierer der so genannten „Anti-Politik“ (*antipolitica*) können in Italien bereits auf eine lange Tradition populistischer Herrschaftsmechanismen zurückblicken. Der Begriff „Populismus“ beschreibt jedoch heute keine „sozialen Bewegungen“ von rechts oder links, sondern er hat seit geraumer Zeit als Ideologie-Verschnitt Eingang in die Herrschaftstechniken der politischen „Mitte“ gefunden; dort erscheint er überwiegend als antipolitische Rhetorik. Diese wendet sich, wie häufig in Phasen raschen gesellschaftlichen Wandels, in demagogischer Weise an die Gefühle und Wahrnehmungen der „kleinen Leute“, an den so genannten „Alltagsverstand“ (*sense comune*), laut Antonio Gramsci: „ein chaotisches Aggregat von disparaten Konzeptionen, und man kann darin alles, was man will, finden.“⁴

Populistische Rhetorik suggeriert seit jeher die Möglichkeit einfacher Lösungen für komplexe gesellschaftliche und politökonomische Probleme. Da die Verkünder der Anti-Politik ihre Versprechen aber in der Wirklichkeit nicht einlösen können, verschärfen sich diese gesellschaftlichen Probleme weiter, und die zunehmende Verschleierung der Verhältnisse wird zum wichtigsten Imperativ eines solchen Populismus. In diesem Sinne fungiert er als politisches Herrschaftsinstrument, wobei der Massenbeeinflussung durch die Medien die entscheidende Rolle zukommt.

Der Begriff „Populismus“ ist mehrdeutig und entsprechend beliebt im vagen journalistischen Polit-Diskurs unserer Tage: Man assoziiert mit ihm so heterogene Phänomene wie Parteien in verschiedenen historisch-geografischen Kontexten, politische Basisbewegungen von rechts bis links, Argumentationsweisen, Herrschaftstechniken und Wertorientierungen. Gemeinsam ist all diesen Erscheinungen, dass man sie als Resultate entweder schwach entwickelter oder wieder geschwächer institutioneller Strukturen der parlamentarischen Demokratie verstehen kann. Hatte Gramsci noch seinen modernen Parteibegriff anknüpfend an Macchiavellis *Principe* konzipiert, und zwar als Träger eines kollektiven Willens, der zur Universalität tendieren würde, so hat die tatsächliche Entwicklung seine ebenfalls vorhandenen Befürchtungen bestätigt, die Staat gewordenen Parteien würden zum Totalitarismus degenerieren. Das war in den dreißiger Jahren vor aller Augen. Der nach wie vor anhaltende Widerspruch zwischen einer oligarchisch konditionierten *classe politica* und der aktuellen Massengesellschaft führt heute zu anderen Formen der Delegation politischer Macht.

⁴ Vgl. die Untersuchung von Sabine Kebir, *Zum Begriff des Alltagsverstandes („sense comune“) bei Antonio Gramsci*, in: *Populismus und Aufklärung*, hg. v. Helmut Dubiel, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1986, S. 74ff.

Im neueren politischen Sprachgebrauch wird Populismus als „antiinstitutioneller Schatten der Demokratie“⁵ entweder an den Extremen des parlamentarischen Spektrums oder quer zu ihm ausgemacht. Westliche Konsumgesellschaften mit verbreiteten Tendenzen zur Gleichschaltung produzieren in ihrer neoliberalen Phase zunehmend neokonservative, populistisch verbrämte Antworten gegenüber der wachsenden Undurchschaubarkeit der Verhältnisse; Adressaten sind zunehmend orientierungslose Massen und verunsicherte Einzelne.

II: Populismus im Faschismus

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die meisten europäischen Staaten und Gesellschaften gleichzeitig von einschneidenden politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen betroffen. Der organisierten Arbeiterklasse und ihren sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien traten damals nationalistisch orientierte Bewegungen mit anti-institutioneller Propaganda entgegen, die versuchten, den sozial entworfenen Teilen der kleinbürgerlichen Schichten und der Arbeiter alternative Lösungen zur „Gefahr“ einer proletarischen Revolution in der Krise der zwanziger Jahre anzubieten. Mit Unterstützung aus den Oberschichten und zentriert auf charismatische Führerpersonellen wollten sie die neuen Massen gewinnen, und diese jeweiligen „Führer“ inszenierten ihre Legitimation im Namen von „Volk“ und „Nation“ als polemische Gegengewalt zu den angeblich unfähigen Verwaltern des politischen Apparates und den undurchsichtigen Strippenziehern der Ökonomie.

In Italien führte diese Entwicklung innerhalb einer konstitutionellen Monarchie mit nur schwachen liberalen Elementen (seit Bildung des Nationalstaats 1860) in den Jahren 1919–22 unmittelbar zum faschistischen Regime Mussolinis, ohne republikanisches Zwischenspiel wie in Deutschland. Entscheidende Vorbildungen des Faschismus waren, neben mangelnden republikanischen Strukturen und Erfahrungen, vor allem Verlauf und Ende des Weltkrieges: Sowohl die Verlierer Deutschland, Österreich und Ungarn als auch das Königreich Italien (zwar auf Seiten der Sieger, aber dennoch den „verlorenen Sieg“ beklagend) boten einen guten Nährboden für Bewegungen, die sich weniger an den politischen Verstand als an Gefühle richteten: an die Gefühle derjenigen, die sich gedemütigt und vom Kriegsausgang enttäuscht fühlten, aber weiterhin bereit waren, einer politischen „Elite“ zu folgen, um von ihr das Heil zu erwarten.

Wurde bis 1914 Politik ganz legal unter Honoratioren ausgehandelt, so erforderte sie nach dem Kriege nun die Zustimmung der Massen. Und die tendierten in Italien, wie in Deutschland, zu einem großen Teil nach links und riefen damit die bürgerliche und großagrarisches Reaktion auf den Plan. Der bürgerkriegsähnliche Zustand im Lande kulminierte in Mussolinis Marsch auf Rom, im

⁵ Karin Priester, *Der populistische Moment*, in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 3/2005, S. 310.

Oktober 1922, der ihn an die Regierung brachte. Die Faschisten erwiesen sich allen anderen Parteien als propagandistisch überlegen; Otto Kirchheimer nannte sie kurz „catch-all-parties“⁶. Tatsächlich schafften ihre Führungen den Spagat zwischen einerseits revolutionärer Rhetorik und andererseits ideologischer Abrüstung, womit sie gleichzeitig einen Teil der Arbeiter ansprachen, das Bürgertum beruhigten und eine punktuelle Zusammenarbeit mit den alten Eliten eingehen konnten.

Faschistische Bewegungen waren auch deshalb erfolgreich, weil weder die bürgerlich-liberalen noch die sozialistischen Arbeiterparteien dem „Volk“ vergleichbar einfache Lösungen für die Krise in Aussicht stellen konnten, während die Faschisten ihrerseits geschickt an die Einrichtungen und die Begriffe der Arbeiterbewegung anzuknüpfen verstanden. So konnte der Ex-Sozialist Mussolini sein faschistisches Regime schrittweise über das deutlich populistisch akzentuierte Übergangs-Programm des *corporativismo* errichten, mittels dessen das noch feudalaragrarische Land in einen „korporativ“ verfassten Industriestaat verwandelt werden sollte. Dieser „dritte Weg“ (zwischen Liberalismus und Sozialismus) ermöglichte es zumindest kurzzeitig, den sozialen Frieden herzustellen, der dann später in imperialistischen Abenteuern mit altrömischen Großmachtphantasien nach außen projiziert werden sollte, damit setzte der *Duce* allerdings lediglich die kolonialen Ambitionen seiner parlamentarischen Vorgänger (Crispienfort, Mussolinis Ziel war kurz und bündig: „Es besteht darin, diesen Demokraten (...) die Knochen zu brechen. Und zwar je eher, desto besser“⁷). Mit seinen Anstrengungen zur Modernisierung des Landes bei Anknüpfung an korporative Traditionen und Interessen gelang es ihm auch, die bis dahin überwiegend elitäre, im Elfenbeinturm Benedetto Croce angesiedelte bürgerliche Intelligenz zur Neugestaltung der Nation zu aktivieren. Er bot vor allem der jungen Nachkriegsgeneration die erhoffte Möglichkeit zum persönlichen Engagement, dazu Anerkennung und Arbeitsplätze. So gewann er in seiner Frühphase (bis 1925) einen breiten Konsens für sein Regime. Neben der korporativen Prägung des Kleinbürgertums haben sich viele der damaligen Projekte zur kulturellen Modernisierung des Landes bis heute erhalten, z.B. renommierte Institutionen wie das *Istituto Luce*, die *Biennale* von Venedig, das Deutsche Historische Institut, Freizeitorganisationen der Staatsbetriebe wie *Dopolavoro*, diverse Kunstausstellungen, Literaturpreise⁸.

1925 wurde Italien dann zum Laboratorium der faschistischen Diktatur: Die scharfe Kontrolle der Intelligenz begann, welche zu diesem Zeitpunkt allerdings

schon weitgehend integriert, wenn nicht emigriert war; aufgelöst wurden politische Parteien und Rechte. Die Lateranverträge, 1929 mit dem Vatikan geschlossen, räumten den Katholiken erhebliche Privilegien ein und befriedeten damit jenen Konflikt zwischen Kirche und Staat, der seit der nationalen Einigung schwelte. Festzuhalten ist jedoch, dass es nicht die Faschisten waren, die den Staat umstürzten, obwohl sie einen Teil zu seiner Selbstblockade beigetragen hatten, sondern es waren die konservativen Eliten, die sich bewusst für die faschistische Option entschieden und Mussolini in die Monarchie integrierten, auch die Kirche verlor ihm Respektabilität. Der *Duce* kam also legal, mit Unterstützung vonseiten der Herrschenden, wenn zunächst auch ohne parlamentarische Mehrheit an die Macht.

Die Tatsache, dass der oben skizzierte Populismus dann unmittelbar zur Legitimationsbasis für „totalitäre“ (Mussolini gebrauchte diesen Begriff als erster) Entwicklungen wie Faschismus und Nationalsozialismus werden konnte, macht deutlich, dass die parlamentarische Demokratie in dieser Zeit nur noch eine Fassade bildete, hinter der de facto sich längst eine unkontrollierbare Diktatur des Kapitals verbarg, ähnlich wie in der Weimarer Republik, was von Tucholsky und Ossietzky in der „Weltbühne“ der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre immer wieder denunziert wurde.

Die jeweils variablen Kombinationen populistischer Propaganda mit eben diesen Kapitalinteressen, unterstützt von nationalistischem Revanchismus, Antikommunismus und Antisemitismus führten zur ideologischen Wegbereitung jenes Weltenbrandes, nach dessen Ende 1945 im Westen auch der Demokratiebegriff neu gefasst werden musste. Die nun anglo-amerikanische Prägung des Begriffes wurde wiederum parlamentarisch und antidiktatorisch, bzw. zunehmend antitotalitär definiert – mit explizit antikommunistischer Funktion. Diese wurde zur politischen Norm wurde und prägte von nun an die Nachkriegsphase des kalten Krieges nachhaltig – bis heute, noch nach dem Ende des „Kommunismus“.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der kurzen Geschichte des italienischen Nationalstaats keineswegs demokratische Erfahrungen dominierten; gerade im Zentrum der bürgerlichen Gesellschaft hatten sich reaktionäre Tendenzen etablieren können, wie die Unterstützung des Faschismus in seiner Aufbauphase von 1919 bis 1924 durch Monarchie und Bürgertum zeigt. Zugunsten einer parlamentarischen Republik entschieden sich die Italiener erst im Juni 1946 per Volksentscheid mit 12,7 Mio. Stimmen (immerhin 10,7 Mio. hielten weiterhin zur Monarchie).

Und auch in der nun – nach dem Zweiten Weltkrieg – demokratisch neu gewählten Mitte setzten sich anti-demokratische Tendenzen fort, wie die systematische Ausgrenzung der Kommunisten im Kalten Krieg zeigt, der lange Zeit zweitstärksten politischen Kraft im Lande. Man erinnere sich nur an den permanenten Druck der USA und des Vatikans (Papst Pius XII hielt schon einen Alci-

⁶ Zit. nach Robert O. Paxton, *Anatomie des Faschismus*, aus dem Engl. von Dietmar Zimmer, DVA München 2006.

⁷ Vgl. R.O. Paxton, op.cit.

⁸ Allein das Großprojekt der Herausgabe der *Enciclopedia italiana* bot damals ca. 4000 jungen Wissenschaftlern Arbeit und Brot. Zit. nach dem Vortrag von Angelo D'Orsi, *Il fascismo e la politica della cultura*, am 17.11.2006, Marsciano (Internationaler Kongress: Intellektuali. Preistoria, storia e destino di una categoria).

de De Gasperi⁹ für untragbar), ganz zu schweigen von jenen konspirativen Destabilisierungsversuchen rechter Kreise von den frühen sechziger bis in die achtziger Jahre, auf die bis heute – trotz zahlreicher Prozesse – kaum ein aufhellendes Licht gefallen ist¹⁰. Sie bilden jenen undurchsichtigen Hintergrund der Politik in Italien, der das verbreitete Misstrauen des Volkes bestärkt gegenüber einer latent kriminellen, so-genannten „schmutzigen“ Politik.

Jahrhunderte lang hatte in den meisten italienischen Territorien – ähnlich wie und doch anders als in deutschen Landen – Untertanenabhängigkeit geherrscht, und ein profunder *humus* aus Egoismus und Angst hat das Land gedüngt; seine Bewohner haben Revolution und Reformation nur marginal erfahren, nur kleine Minderheiten konnten sie produktiv in sich aufnehmen und verarbeiten. So kann heute der Verfassungsjurist Gustavo Zagrebelsky¹¹ als in der Bevölkerung (jenseits aller regionalen Unterschiede) noch immer tief verankerte Züge auflisten: Unterwürfigkeit, Unsicherheit und Aggressivität, politifremde Ohne-mich-Haltung und pessimistischer Provinzialismus. Letzterer bedingt auch, dass föderalistische Bestrebungen in Italien bisher immer einen überwindend abschottenden Charakter hatten. Allein die nationale Einigungsbewegung des *Risorgimento* wie auch die Erfahrung der *Resistenza* stellten in diesem Kontext – allerdings wichtige – Ausnahmen demokratischer Entwicklungsmomente dar. Sie hinterließen ihre Spuren überwiegend im Norden des Landes.

III. Die blockierte Demokratie

In der Tat verlief die Entwicklung nach 1945 in Italien anders als in Deutschland, trotz ähnlicher internationaler Rahmenbedingungen; denn immerhin hatten Teile des faschistischen Bürgertums sich am 25. Juli 1943 im faschistischen Großrat selbst ihres *Duce* entledigt. Nach dem 8. September, als Hitler den gebrochenen Mussolini als seine Marionette an die Spitze der *ad hoc* geschaffenen Republik von Salò gesetzt und Restitalien dem Kampf erklärt hatte, bei dem die Deutschen gegen ihre bisherigen Verbündeten ähnlich brutal wie gegen die Polen vorgingen,¹² entstand die *Resistenza*-Bewegung im Norden. Deren opferreicher Abwehrkampf gegen deutsche und italienische Faschisten sollte zur nachhaltigen demokratischen Erfahrung des Landes werden. In dieser Parteien und Klassen übergreifenden Bewegung formte sich die politische Führung der ersten Republik, die 1945–48 entstand, unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunis-

ten auch bei der Ausarbeitung der Verfassung, die 1948 in Kraft trat. Der kommunistische Einfluss wurde aber dann mit der Einbindung Italiens ins US-geführte atlantische Bündnis weitgehend zurückgedrängt. Die politische Neuformierung faschistischer Kräfte, die bereits 1943/44, gleich nach Mussolinis Fenstersturz, begonnen hatte und mit dem *Movimento Sociale Italiano* (MSI) in die erste Republik einzog, wurde hingegen vor allem von den US-Geheimdiensten unterstützt, im Hinblick auf eine mögliche Aktivierung so bewährter Kräfte in der weiteren Systemauseinandersetzung zwischen West und Ost.¹³

Die entscheidende Rolle nach dem Krieg aber wurde der neuen christdemokratischen Partei und der katholischen Kirche zugewiesen: Sie sollten die soziale Kohäsion und die politische Kontrolle der differenzierten italienischen Gesellschaften (der Plural ist unverzichtbar) gewährleisten. Die prekäre Stabilität des Landes basierte denn auch über Jahrzehnte auf der sog. Kompromissfähigkeit zwischen all jenen politischen und sozialen Kräften einschließlich der Kommunisten, die nach 1945 den finalen Aufschwung des bis dahin immer noch weitgehend halbfeudalen Agrarlandes zur industriellen Konsumgesellschaft ermöglichen und diese zugleich in Grenzen hielten.

Der Prozess dieser tief greifenden gesellschaftlichen Umstrukturierung vollzog sich während der ersten Jahrzehnte in rapidem Tempo und mit teilweise traumatischen sozialen Folgen und Spannungen. Dabei kam es immer wieder zu offenen Klassenausainandersetzungen, die als solche auch ins Bewusstsein breiter Schichten drangen, deren konsequente Austragung jedoch permanent unterdrückt werden konnte.

Zugeständnisse vonseiten des Kapitals (wie sozialstaatliche Abfederungen der Marktwirtschaft) wurden so gut wie nicht gewährt, so dass die italienischen Industriearbeiter erst auf das Wirtschaftswunder der sechziger Jahre warten mussten, um Forderungen nach besserer elementarer Reproduktionsbedingungen ihrer Arbeitskraft und nach sozialer Sicherheit durchzusetzen, die z.B. in Deutschland schon weitgehend von oben garantiert waren.

Die Auflösung bäuerlicher und kleinbürgerlicher Lebensformen durch Proletarisierung mit starker Süd-Nord-Migration und die gleichzeitige Herausbildung neuer Angestellten- und Konsumentenmassen wurde zu einem häufig behandelten Sujet der zeitgenössischen Kultur Italiens. Davon zeugt die reiche literarische und filmische Produktion, die vom „Neorealismus“ der ersten Nachkriegsjahre bis zur vielschichtigen, oft schonungslosen Gesellschaftskritik der „commedia all'italiana“ bis Ende der siebziger Jahre reicht – parallel zum luziden Pessimismus eines Pier Paolo Pasolini.

Gerade dessen späte Schriften schildern die besondere Dimension jenes sozialen und moralischen Wandels, dem das vielschichtige und „ungleichzeitige“ Italien ausgesetzt war – weitgehend unvorbereitet durch frühere Akkulturations-

⁹ Langjähriger Partei- und Regierungschef der Christdemokraten (1945–53), in seiner repräsentativen Funktion Konrad Adenauer vergleichbar.

¹⁰ Vgl. Regine Igel, *Terrorjahre – die dunkle Seite der CIA in Italien*, (Neuausgabe) Herbig, München 2006.

¹¹ Zit. nach „La Repubblica“, 23.06.06.

¹² Vgl. Erich Kuby, *Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien rutierte*, Hoffmann & Campe, Hamburg 1982.

¹³ Vgl. dazu die ausführliche Darlegung bei: Giuseppe Parlato, *Fascisti senza Mussolini. Le origini del neofascismo in Italia 1943–48*, il Mulino, Bologna 2006.

schübe, wie sie andere europäische Länder erlebt hatten. Pasolinis apokalyptische Prognosen erscheinen dreißig Jahre später noch aktuell, wie exemplarisch sein Offener Brief an Italo Calvino¹⁴ zeigt: „Das, gute alte Italien ist kleinbürgerlich, faschistisch, christdemokratisch; es ist provinziell und verkümmert am Rand der Geschichte, seine Kultur besteht aus einem scholastischen, formalen und vulgären Humanismus. (...) Es ist die grenzenlose, vornationale und vorindustrielle bäuerliche Welt (zu der auch die subproletarischen städtischen Kulturen gehören, wie die der Arbeiterminoritäten), die bis vor wenigen Jahren überlebt hat. (...) Ich behaupte und ich wiederhole: die kulturelle Durchdringung der Welt von einem konsumorientierenden, alles assimilierenden Zentrum hat die verschiedenen Kulturen der Dritten Welt zerstört (ich spreche hier noch im Weltmaßstab und beziehe mich daher auch auf die Kulturen der Dritten Welt, denen die bäuerliche italienische Kultur im Grunde gleicht). Das Kulturmodell, das den Italienern (und allen Menschen der Erde) angeboten wird, ist nur ein einziges. Die Angleichung an dieses Modell erfolgt vor allem im Gelebten, im Existenzzielen, infolgedessen im Körper und im Verhalten. Hier werden bereits die Werte der neuen Kultur der Konsumzivilisation gelebt, d.h. des neuen und repressiven Totalitarismus, den man je gekannt hat – auch wenn diese Werte noch nicht ganz ihren Ausdruck gefunden haben. Natürlich ist meine Version der neuen kulturellen Realität Italiens radikal; sie betrachtet das Phänomen *global* und kümmert sich weder um die Ausnahmen noch um die Überlebensfähigkeit in einigen Bereichen. (...)“

Du wirst sagen: die Menschen sind immer Konformisten gewesen (alle gleich, einer wie der andere), und es gab immer Eliten. Ich antworte Dir darauf: Ja, die Menschen waren immer Konformisten und einander gleich, aber jeweils im Rahmen ihrer sozialen Klassen. Und innerhalb dieser Klassen unterschieden sie sich aufgrund konkreter kultureller Besonderheiten. Heute hingegen (und hier fällt das Wort von der anthropologischen Mutation) sind die Menschen alle Konformisten und gleichen sich, die einen wie die anderen, unabhängig von den Klassenunterschieden. Sie gleichen sich zumindest potenziell, im angsterfüllten Drang, sich zu nivellieren.“

Eine starke Dominanz jener diffusen Wahrnehmung einer Endphase sieht der Literaturkritiker Alfonso Berardinelli¹⁵ auch bei marxistisch orientierten Schriftstellern in der ja überwiegend skeptischen Literatur Italiens jener Jahrzehnte, in der er oft nur noch epigonale „Stilarten des Extremismus“ ausmacht.¹⁶

¹⁴ Vgl. Pier Paolo Pasolini, *Scritti corsari, Lettera aperta a Italo Calvino*, „Paese Sera“, 8.7.1974, in: *Saggi sulla politica e sulla società*, a cura di W. Siti e S. De Laude, Arnoldo Mondadori, Milano 1999, S. 319. Zit. nach der deutschen Ausgabe: Pier Paolo Pasolini, *Das Herz der Vernunft*, hg. von Burkhardt Kroeber, Wagenbach, Berlin.

¹⁵ Vgl. Alfonso Berardinelli, *L'esteta e il politico. Sulla nuova piccola borghesia*, Einaudi, Torino 1986 und ders., *Stili dell'estremismo*, Editori Riuniti, Roma 2001.

¹⁶ Genannt seien nur einige auch ins Deutsche übersetzte Autoren wie Franco Fortini, Alberto Moravia, Elsa Morante, Giorgio Manganelli, Paolo Volponi oder Andrea Zanzotto.

Selbst beim durchaus der Zukunft zugewandten Calvino lässt sich unschwer das Bewusstsein herauslesen, die Zerstörung der Vergangenheit sei bereits vollzogen und impliziere auch die Zerstörung der Zukunft.

Angesichts des Scheiterns individueller wie kollektiver Utopien und einer immer deutlicher werdenden Dissoziation zwischen materieller „Entwicklung“ und humanem sozialen „Fortschritt“¹⁷ besteht für diese Schriftsteller nur noch die Alternative zwischen isolierter Randexistenz oder Integration in die alles verdauende Kulturindustrie, die vorwiegend auf Harmonisierung und Verschleierung der widersprüchlichen Verhältnisse abzielt und selbst noch die Kritik am System in dasselbe zu integrieren versteht, wie man spätestens seit Adorno weiß.

Um das Ausmaß der Orientierungslosigkeit der Massen gegenüber der Konsumzivilisation und ihre damit verbundene Empfänglichkeit für populistische Einflüsse aller Art ermesen zu können, muss betont werden, wie unvorberettet sie der rapide Übergang zur Konsumgesellschaft in Italien traf, sowohl kulturell als auch ökonomisch.

Eine solide, die Gesellschaft stützende mittelständische Unternehmensstruktur hatte sich landesweit nicht entwickeln können, dafür ein Netz von Klein- und Kleinstunternehmen, die bis heute auch den erheblichen Teil der illegalen Schattenwirtschaft ausmachen¹⁸ und seit je von Unsicherheit geprägt sind. Dem stand jene den Massen fern stehende Oligarchie aus familiär konzentriertem Privatkapital und großen Staatskonzernen gegenüber, ein Resultat der späten Industrieentwicklung Italiens, die auch durch die Nachkriegsjährzehnte bestimmend blieb, eng miteinander verflochten über das Bankensystem und die Machtstrukturen der Christdemokraten, des Vatikans und – *last but not least* – der Mafia.¹⁹ Die Aufbauphase des italienischen *miracolo economico*, des Wirtschaftswunders, endete bald nach dem Boom der frühen sechziger Jahre. Die darauf folgenden Krisenerscheinungen legten dann jene unzureichende Anpassung der Grundstrukturen des Industriesystems an die Erfordernisse eines zunehmend „globalen“ Marktes bloß. Reformistische Ansätze in Richtung auf Abschaffung unproduktiver Fesseln des Systems blieben stecken.²⁰ Die staatliche Wirtschaftspolitik der siebziger und achtziger Jahre blieb kurzfristig nur auf eine oberflächliche Inflationsbekämpfung ausgerichtet; es war die Phase der Anpassung der Exportwirtschaft an die internationale Konkurrenz mittels der währungspolitischen Lira-Abwertungen, zuletzt 1992–94. Die Staatsverschul-

¹⁷ Pasolini benannte diese Diskrepanz zwischen *sviluppo* und *progresso* als ein Dilemma für die zur Macht strebende Linke (1975 stand der „historische Kompromiss“ zwischen PCI und DC auf der politischen Tagesordnung) und warnte: „Die Linke darf niemals die Idee des ‚Fortschritts‘ mit der Realität dieser ‚Entwicklung‘ verwechseln.“

Zit. nach: P. P. Pasolini, *Scritti corsari, Sviluppo e progresso*, cit., S. 455.

¹⁸ Immerhin sind 4 Mio. sog. *Partite IVA* (Kleinunternehmer) steuerlich erfasst.

¹⁹ Vgl. dazu Martin Morini, *Historischer Kompromiss: Berlusconi und die Mafia*, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, n.3/2005, S. 312ff.

²⁰ Vgl. Bruno Perini, Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Michele Salviati, (*Pessimismo cosmico*) in: „il manifesto“, 31.3.2006.

dung hatte inzwischen untragbare Dimensionen angenommen und das Establishment hoffte auf den retten sollenden Euro. Überzeugte Europäer wie der damalige Notenbankchef Carli hatten noch nach der Auflösung des Systems fester Wechselkurse auf größeren Spielraum für sozialstaatliche Reformen im Schutze Europas gesetzt. Doch eher das Gegenteil ist eingetreten: Die inter- und innerkapitalistischen Spannungen haben sich verschärft. Carli und andere „idealistische“ Europäer hatten vergessen, dass sich unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg auch die ersten Ansätze zur Integration der italienischen in die europäische Ökonomie bereits als Hemmschuh für eine qualifizierte nationale Wirtschaftspolitik erwiesen hatten.²¹

Die seitdem weitgehend parallel zur ökonomischen Krise verlaufende Degeneration der politischen Macht zur Lobby- und Klügelwirtschaft wurde bereits Anfang der siebziger Jahre von Lucio Magri beschrieben als ... „Reflex jener korporativen Zersetzung des gesellschaftlichen Organismus, auf der das System seine politische Macht und seine ökonomische Entwicklung errichtet hat; sie sind Folge einer Krise der kollektiven Werte und einer effektiv wirksamen ideologischen Hegemonie. (...) Eine mystifizierte Demokratie, die ihren Massenkonsens durch Manipulation oder Vermittlung partikulärer Interessen erreicht, produziert zwangsläufig eine scheinbar ‚autonome‘ Macht, die in Wahrheit alsbald zu einer besonderen Korporation verkommt und rationale Entscheidungen, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt zustande bringt“ – mit diesen Worten beschrieb Magri bereits jenen Schoß, der dann wenig später einen Berlusconi gebar: nämlich jene „Ubiquität des Kleinbürgertums“,²² deren instabile, eklektische und konformistische Natur alles zu durchdringen scheint, wie es der Soziologe Paolo Sylos Labini beschrieb. Die irreversible politische Niederlage der gesamten Linken nach 1978,²³ sowohl der traditionellen Arbeiterparteien, als auch der neuen Gruppierungen seit 1968, setzte jenen langfristigen Trend fort, der auch die Transformation des alten Kleinbürgertums in eine neue polymorphe Mittelschicht (*ceto medio*) begünstigt hat.

Die politischen Verwerfungen, die seit dem Ende des bipolaren Weltsystems in den neunziger Jahren auftauchten, waren bis dahin unter der Oberfläche jener „mystifizierten Demokratie“ geblieben, die Magri so treffend als Resultat der „korporativen Zersetzung der Gesellschaft“ und damit als „besondere Korporation“ bezeichnet hat.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa endete dann auch die so genannte „Anomalie“ Italiens: Die gefürchtete „kommunistische Gefahr“ löste sich auch in Gestalt der einst stärksten kommunistischen Partei Westeuropas auf. Deren Einfluss auf die Geschichte des Landes war ja von den

Protagonisten der „besonderen Korporation“ so lange in Schach gehalten worden, bis jede realdemokratische Dialektik blockiert war – eine schwere Hypothek bis heute.

Der weitgehend korrupte Charakter dieser nur noch formalen Demokratie, die unter der jahrzehntelangen Führung der Christdemokraten und zuletzt der Craxi-Sozialisten degeneriert war, trat nun offen zutage. Das traditionelle Parteiengefüge brach – auch durch das Eingreifen der Justizorgane (*mani pulite*) – zusammen und formierte sich neu mit nun eindeutig gruppenegoistischen und populistischen Tendenzen, die die Ideologie und die Wertesysteme der einstigen Volksparteien ablösten. Eine Reform des Wahlgewetzes zugunsten eines Mehrheitsystems wurde als Wundermittel für eine stabilere Regierbarkeit des Landes propagiert; quer durch alle Parteien sah man darin die Voraussetzung für eine nötige „Modernisierung“ im Hinblick auf die Anforderungen der neoliberalen Wirtschaftsbedingungen. Doch das Gegenteil trat ein: Die Parzellierung der Parteienszene nahm in extremer Weise zu,²⁴ und die Zwangscoalitionen der beiden zu einer „bipolaren“ Konstellation zusammengeschweiften Blöcke zeigen bis heute einen Mangel an politischer Kohäsion, der nur durch außerparlamentarische Mittel des Machterhaltes zu überdecken ist.²⁵ Die italienische Gesellschaft erwies sich somit dem Druck der so genannten Globalisierung schutzloser ausgesetzt als andere in Europa – nicht zuletzt ein Resultat eben jener nachhaltigen Eindämmung der politisch-demokratischen Entwicklung unter den Auspizien des Kalten Krieges, die oben beschrieben wurde. Es ist auch eine direkte Folge der Tatsache, dass dieses Land seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein für unverzichtbar gehaltenes Bollwerk der US-Strategie in Südeuropa war und ist.

IV. Anti-Politik und Berlusconiismus

Auch Italien ist also dem Druck und den Auswirkungen der neoliberalen Wende ausgesetzt, die die klassischen Prämissen bürgerlicher Demokratie heute überall in Frage stellt, und die unterschiedlich umschrieben wird mit Begriffen wie Primat der Ökonomie, Herrschaft des Finanzkapitals, Krise demokratischer Institutionen und kollektiver Werte, Abbau des Sozialstaates oder Verlust der Politik: Von dort zur Anti-Politik ist es nicht weit.

Die heutigen Gefahren jener Anti-Politik liegen nicht nur in Italien auf der Hand; hier haben sie allerdings aufgrund der spezifischen Gegebenheiten zu einer populistisch-folkloristischen Ausprägung geführt, von der sich andere

²⁴ Es handelt sich dabei neben der wachsenden Zahl auch um eine Tendenz zur Vereinzelung, die zunehmend die Bildung von Personen-Parteien befördert hat, jenseits von Berlusconi *Forza Italia*, (z.B. von Antonio Di Pietro, Clemente Mastella) bzw. die Parteilosigkeit bekannter Politiker, wie z.B. Romano Prodi, Giuliano Amato oder Mauro Follini etc.

²⁵ Der sich neu konstituierende *Partito Democratico* will dem abhelfen, bleibt aber ein sehr umstrittenes Experiment.

²¹ Vgl. Lucio Magri, *Spielraum und Rolle des Reformismus*, in: Rossana Rossanda, Lucio Magri u.a., *Der lange Marsch durch die Krise*, hg. u. übers. von B. Kroeber, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1976, S. 34.

²² Vgl. Paolo Sylos Labini, *Saggio sulle classi sociali*, Laterza, Bari 1975.

²³ Vgl. die Ermordung Aldo Moros 1978 und das Ende des historischen Kompromisses.

Nationen – wahrscheinlich zu Unrecht – weit entfernt wähen, dem „Berlusconismus“: d.h. der direkten, unverhüllten, mediengestützten, parlamentarisch abgesicherten Machtausübung eines *cavaliere* betitelten, mit demagogischen Fähigkeiten ausgestatteten, ökonomisch erfolgreichen Parvenü mit dem Gehabe eines Renaissancefürsten, der (neben seinen eigenen) die Interessen des italienischen Großkapitals in der Globalisierung zu vertreten verspricht. Kurz gesagt: weitere Profitmaximierungsschübe durch Senkung der Lohnkosten, wie überall. Dieses strategische Ziel wird natürlich medienwirksam verschleierte, der *cavaliere* stellt sich vielmehr populistisch als Vertreter der *gente*, der kleinen Leute und der Mittelschichten dar, die seinen medialen Verheißungen von individuellen Aufstiegsmöglichkeiten – trotz gegenläufiger Realität – millionenfach glauben möchten. Daneben werden wohlfeile sentimentale Werte wie „Familie“ und „Vaterland“ neu aufgeladen, letzterer wird zunehmend gleichgesetzt mit der militärischen Präsenz Italiens in der Welt, an der Seite seiner Schutzmacht. Die offensive Propaganda für Militärisches nimmt vor allem in den Massenmedien breiten Raum ein, Staatsbegränze gefallener Soldaten werden mit kirchlichem Pomp als melodramatische Massenevents inszeniert und per TV *live* übertragen, während in Schulen und Universitäten zu kollektiven Schweigeminuten aufgerufen wird.

Auch die Medienpräsenz der katholischen Kirche hat vernehmlich zugenommen, kaum eine Tagesschau vergeht ohne Kommentare hoher Würdenträger zu weltlichen Themen. „Gläubige glauben in einem katholischen Land an das, was sie sehen: an den im TV sichtbaren Papst“, kommentiert der Philosoph Maurizio Ferraris, und der Papst erscheint in seiner medialen Inszenierung als charismatischer Führer, an den man die Antworten auf alle wichtigen moralischen Fragen delegieren kann. Ferraris sieht damit die schon 1819 von Joseph De Maistre formulierte These bestätigt, nach der ein Katholik sich nicht dadurch auszeichne, dass er an Gott glaube, sondern dadurch, dass er dem Papst gehorche.²⁶

So finden populistische Tendenzen vielfältigen Ausdruck. Nicht nur in regional-chauvinistischen Protestbewegungen auf Stammtischniveau, wie in der norditalienischen *Lega* mit ihren entsprechenden lokalen Fernsehsendern, die gantztägig vor allem in die Wohnküchen der „kleinen Leute“ flimmern; sondern auch im Lager der einstigen Linksparteien finden sie ihren Reflex in einem zunehmend visions- und orientierungslosen, von kurzfristigen Interessen bestimmten Sachzwang-Management. Rechte Bewegungen mit überwiegend nationalpopulistischer und sozialer Rhetorik haben sich äußerlich zu gemäßigten Parteien „normalisiert“ (die seit ihrem Parteitag von Fiuggi „postfaschistische“ *Alleanza Nazionale* von Gianfranco Fini verzichtet auf faschistische Embleme und Rituale) und werden kaum mehr als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen. Ähnliche Erscheinungen finden sich – vielleicht weniger spektakulär

²⁶ Vgl. Maurizio Ferraris, *Babbo Natale, Gesù Adulto. In che cosa crede chi crede*, Bompiani, Milano 2006.

als in Italien – in unterschiedlichen Ausprägungen heute auch in anderen europäischen Staaten.

Das System Berlusconi ist einfach: Eine sich im Umbruch befindende pseudo-egalitäre Konsum- und Mediengesellschaft ist verunsichert, konfus. Sie sucht opportunistisch Halt bei jemandem – aber nicht mehr, wie einst, bei dem starken Mann im autoritären Sinn, der ihr den Weg weist, sondern bei einem, der ihr ähnelt, der sie am besten verkörpert, mit dem sie sich identifizieren möchte. Aus ihm macht sie einen unanfechtbaren *capo*.²⁷ In den zwanziger Jahren war es ein Mussolini, der in einem noch prämodernen Italien als Machtmensch zum starken Mann der Vorsehung und zum „Retter“ wurde. Jetzt ist es ein Berlusconi, der in der Spätphase der italienischen Konsumgesellschaft als selbst erfolgreicher Geschäftsmann sich immer noch als „außerirdischen Retter“ anpreist (seine pseudoreligiöse Rhetorik kommt besonders in der Provinz gut an), aber vor allem sich zu einem „anti-politischen“ Idol der Massen stilisiert hat. Dabei tritt er bewusst in die Fußstapfen des Sozialisten Bettino Craxi. Der war in den achtziger Jahren trotz offener Korruption kurzfristig als „starker Mann“ an die Macht gekommen, dann allerdings *mani pulite* zum Opfer gefallen. Seine Flucht nach Tunesien entzog ihn den Folgen der rechtskräftigen Mailänder Verurteilung, er starb dort 2000 „im Exil“, von nicht wenigen inzwischen zum Märtyrer stilisiert.

Die Frage: Wie konnte nun ein Berlusconi an die Macht kommen? ist relativ plausibel zu beantworten: *with a little help of his friends*. Der Journalist Marco Travaglio hat die von Berlusconi geschaffene Legende, nach der er alles allein gemacht habe, widerlegt. Dessen wirtschaftlicher wie politischer Aufstieg hatten eine lange Vorbereitungsphase: Dazu gehören die so genannte Geheim-Loge P 2 des Establishments und immer noch weitgehend mysteriöse Geldgeber der sechziger bis achtziger Jahre sowie die Zusammenarbeit mit Bettino Craxi und dessen so genannter CAF – Achse (mit den Christdemokraten Andreotti und Forlani) bis 1993. Mit der Auflösung der christdemokratischen und der sozialistischen Parteien und der Abschaffung des Verhältniswahlrechts war die Zeit reif für Berlusconis „Unternehmens-Partei“ (*partito impresa*), einer Partei neuen Typs mit massenwirksamem Fußball-Appell: *Forza Italia*. Sie recyclete auch einen Teil der alten Politiker und gewann auf Anhieb im Bündnis mit der alten Rechte die Wahlen 1994. An ihrer Spitze kam Berlusconi selbst an die Macht, doch nach nur sieben Monaten zerbrach die rasch zusammengeschusterte Koalition an dem Ausscheren der *Lega Nord*.²⁸

Travaglio, radikaler Kritiker der jüngsten politischen Entwicklung, lastet der 1996 folgenden ersten Mitte-Links-Koalition Romano Prodis, die anschließend fünf Jahre lang das Land regierte, die schwerwiegende politische Verantwortung dafür an, dass sie Berlusconi in dieser Zeit nicht das politische Handwerk gelegt

²⁷ Vgl. Giorgio Bocca, Vorwort zu Peter Gomez, Marco Travaglio, *Inciucio*, Rizzoli, Milano 2005, S. VII.

²⁸ Vgl. P. Gomez/M. Travaglio, *op. cit.*, Einleitung, S. IXff.

habe; er zitiert Bill Emmott, den Chef des Londoner „Economist“, der in Berlusconi sogar „eine Kreatur der Opposition“ sieht²⁹ und fügt lakonisch hinzu: „Und umgekehrt“. Beide scheinen sich gegenseitig zu bedingen. Ungehindert durch die Anwendung bereits vorhandener gesetzlicher Mittel zur Beschränkung seiner Medienmacht vonseiten der folgenden Prodi-Regierung hatte sich Berlusconi nämlich ökonomisch wie politisch stärken können, um dann in seiner zweiten Regierungsperiode von 2001 bis 2006 vorrangig seine inzwischen gereiften Probleme mit der Justiz zu regeln. Dazu griff er in das Gesetzesdickicht ein wie niemand je zuvor, und seine Anwälte, nun in Regierung und Parlament vertreten, änderten einfach die Gesetze ab, nach denen er hätte verurteilt werden sollen. Dabei wurden alle Standards der Moral und der Justiz herabgesetzt. Das schon vorher defizitäre Justizsystem wurde durch seine *ad personam*-Gesetze zusätzlich desavouiert. Durch weitere Verschleppungstaktiken dauern auch Zivilprozesse heute erheblich länger, als es noch vor zehn Jahren der Fall war. Die Rechtssicherheit hat damit in Italien noch weiter abgenommen.

Nicht nur dadurch wurden die bereits vorher vorhandenen korrosiven Tendenzen der italienischen Demokratie weiter fortgeschrieben. Die von Berlusconi Mehrheit durchgesetzten Verfassungsänderungen sind so einschneidend, dass die antifaschistische Konstitution der so genannten Ersten Republik nachhaltig geschädigt erscheint, und es bleibt abzuwarten, wie die seit 2006 erneut amtierende Prodi-Koalition letztendlich mit der Tatsache umgehen wird, dass das parlamentarische System für private Zwecke in solchem Ausmaß missbraucht werden konnte. Berlusconi Ziel war und ist eine Art absolute Präsidentialrepublik, in der ein Regierungschef unter Ausschaltung möglichst aller Kontrollinstanzen agieren kann. Darin lag das übergreifende strategische Ziel bei seiner systematischen Schwächung demokratischer Institutionen, durchaus im Trend Jahrzehnte alter Unterwanderungs-Projekte vonseiten der Rechten³⁰. Das von Berlusconi Gefolgsleuten usurpierte Parlament konnte bzw. wollte keine Kontrollfunktion mehr ausüben. Gegen diese Gefahr mobilisierten sich nur intellektuelle Minderheiten zu Bürgerprotesten, *girotondi* (Reigen) genannt, die vor den Justizpalästen des Landes demonstrierten. Offensiv und auf breiter Ebene seiner politischen Bedeutung entsprechend thematisiert aber wurde diese Entwicklung von der Opposition bis heute nicht.

Der latent kriminell-mafiöse Charakter kapitalistischer Praxis ist kein spezifisch italienisches Problem,³¹ auch wenn hier in weiten Teilen des Südens mafiose Strukturen die fehlende Präsenz des Staates ersetzen und politisch toleriert werden. Die *questione morale*, die zuletzt in den siebziger Jahren von Enrico Berlinguer erhobene Frage nach dem allgemeinen Rechtsempfinden in Italien, stellt sich daher immer wieder. Ein so komplexes Thema kann hier höchstens ansatz-

weise berührt werden. Der Historiker Giovanni Levi spricht gar von einem „im anthropologischen Sinne katholischen Italien“, bzw. von der tiefen Verwurzelung eines weltlichen Katholizismus seit der Gegenreformation als normativer Basis der italienischen Gesellschaft.³²

Das Prinzip des kirchlichen Normensystems, das bis zum Nationalstaat die verschiedenen regionalen Gesetzgebungen flankierte und überlagerte, geht aus vom konkreten Menschen als Sünder, dem meist vergeblich wird. Der daran gewöhnte sündige Untertan versuchte nun Jahrhunderte lang, sich zwischen der komplexen Doppelstruktur von religiösen und weltlichen Normen hindurchzulavieren, wobei die weltlichen Machtinstanzen der verschiedenen Territorien sowieso wechselnde, oft fremde, wenn nicht feindliche waren, denen man sich nicht unbedingt verpflichtet fühlte. Dieses Muster hat sich auch auf den Umgang mit der komplizierten Gesetzgebung des Nationalstaates übertragen, die jeglicher Eindeutigkeit entbehrt. Gesetze bedürfen in Italien mehr als anderswo der Ausdeutung durch Juristen. Auch darin liegt ein Grund für die sprichwörtliche Kluft zwischen Staat und Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Kirche als weltliche Macht (Kirchenstaat) die italienische Einigungsbewegung, so lange es ging, bekämpft hat und den Staat als von ihr nun unabhängige Machtinstantz langfristig desavouierte, was ebenfalls bis heute spürbar ist. In diesem Sinne – nicht im religiösen! – ist Italien also noch immer ein durch und durch katholisches Land, lebensweltlich geprägt von einer „Staatsreligion ohne Glauben“.

Berlusconis Erfolgsformel: „Geld + Medienkontrolle + Bekanntheitsgrad = politische Macht“ ist keineswegs seine Erfindung. Sie hatte sich längst anderswo bewährt, namentlich in den USA, von denen der *cavalieri* über Craxi in den achtziger Jahren direkt gelernt hat.³³ Am US-System zeigt sich übrigens, dass nicht allein der Besitz der Massenmedien in einer Hand entscheidend für die Machtausübung ist. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass es sich in den USA um eine kaum verdeckte Oligarchie handelt, die nur noch von Minderheiten der Bevölkerung durch Wahlmehrheiten legitimiert wird. Das ist nicht nur eine Folge des personalisierten Mehrheitswahlrechts und des besonderen Charakters der beiden praktisch nur wenig unterscheidbaren politischen Parteien, sondern auch das Resultat Jahrhunderte alter, immer wieder neu modifizierter Einschränkungen und Manipulationen am Wahlsystem, die trotz eines nominell allgemeinen und gleichen Wahlrechts die demokratische Partizipation der Massen schon im Ansatz behindern und so die *upper class* privilegieren.

Ronald Reagan hatte dann schließlich den Staat, bzw. die Regierung als solche nicht mehr als Instanz zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern zum Problem selbst erklärt: damit konnten *deregulation* und Privatisierung ihren

³² Zit. nach einem Gespräch mit der Verfasserin am 4. April 2006. Vgl. auch: Giovanni Levi, *La maladia cattolica, en particulier in Penser/Rever* n. 11: *‘La maladia chretienne’, printemps 2007.*

³³ Vgl. auch Alexander Stille, *Citizen Berlusconi*, aus dem Engl. v. K.H. Siber, C.H. Beck, München 2006.

²⁹ Zit. nach P. Gomez/M. Travaglio, *op. cit.*, S. X.

³⁰ Vgl. die Pläne der Geheimloge P 2, Gladio u.a.m.

³¹ Siehe hierzu z.B. auf den amerikanischen Kapitalismus bezogen das Buch des ehemaligen Regierungsberaters John Perkins: *Confessions of an Economic Hit Man*, London 2006.

ungehinderten Siegeszug antreten. Alte Leitlinien der modernen Nachkriegs-Industriegesellschaft (wie *New Deal* und *Great Society* in USA/Sozialstaat in Europa) verschwanden zugunsten von Parolen wie Erfolg, Privatinitiative und Leistungsbereitschaft. Der Begriff „Reform“, ein ganzes Jahrhundert lang Inbegriff progressiver Veränderungen zugunsten der Lohnabhängigen und der sozial Schwachen, wurde nun neu besetzt mit der Bedeutung: Maßnahme zur Senkung der Lohnkosten und Reduzierung staatlicher Kontrolle über die Geschäfte der Privateigentümer.

Konsequenz setzte Berlusconi Ende der siebziger Jahre auf das Pferd des Privat-Fernsehens in dessen entscheidender Doppelfunktion als Renditeobjekt und Konsumstimulanz, und als damit ideales Mittel für ideologische Gehirnwäsche, an die sich auch das staatliche Fernsehen weitgehend anpassen musste. Mit dieser Entwicklung wurde er zum Vorreiter für ganz Europa, dessen andere Staaten sich zunehmend auch den neuen atlantischen, nun neoliberalen Erfordernissen unterwerfen mussten.

In allen reicheren Ländern, nicht nur in Italien, lässt sich ein zunehmender Verlust der Fähigkeit zur Realitätswahrnehmung beobachten. Den visuellen Medien kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: Es gibt heute keinen dem Fernsehen vergleichbaren kulturellen und damit auch politischen Einfluss auf die Masse der Menschen. Das Fernsehen, noch weit vor der Massenpresse, bietet fruchtbare Sumpfwiesen für die bunten Blüten jener kulturellen Beliebigkeit, mit der gerade auch die Vertreter der „Linken“ problem- und mehr oder weniger stillos die abendlichen TV-Studios bevölkern, in denen die realen Probleme der Gesellschaft in einer Weise übergangen oder verfälscht und zerredet werden, wie Aldous Huxley und George Orwell es in ihren negativen Visionen von der *Brave New World* und 1984 vorausgesehen haben.

Das eigentliche Problem Italiens ist also weniger die Person und die Rolle eines Berlusconi als vielmehr das Geflecht jener politischen und ökonomischen Strukturen, die ihn hervorgebracht haben. Auch die sich jetzt an der Regierung befindliche politische Opposition zu Berlusconi – angeführt und mühsam zusammengehalten von Romano Prodi –, denn sie ist nachhaltig geschwächt und delegitimiert durch das Verschwinden einstiger sozialistischer und sozialdemokratischer Alternativ-Strategien – denkt und handelt inzwischen nach ähnlichen Mustern und Prinzipien. Es herrscht also der Berlusconiismus, unabhängig davon, ob der *cavaliere* selbst an der Macht ist; genauer gesagt: ein adaptierter Berlusconiismus von Mitte-Links. Berlusconi ökonomische Potenz und das daraus resultierende Netz von Paten und Klienten bestimmen auch weiterhin die Szene und das Gesamtniveau.

Mehrheit und Opposition erscheinen zunehmend als die beiden Seiten einer Medaille, sie bedingen sich in ihrer Totalkonfrontation gegenseitig: „Berlusconi und Prodi, ewige Rivalen, sind einander sehr ähnlich, beide erscheinen ewig und

immobil“, konstatiert der Politologe Ilvo Diamanti³⁴ und trifft sich mit der oben zitierten Einschätzung Travaglios, die auch Valentino Parlato teilt, wenn er anlässlich einer Herzoperation des *cavaliere* in den USA schreibt: „Gott schütze Berlusconi. (...) Die Prodi-Koalition ist ein Parasit Berlusconi und hält nur aus Angst vor seiner Wiederkehr, (...) sie hat keine eigene tragende Idee.“³⁵ Diamanti sieht in dem uner müdlichen Stehaufmann Berlusconi, der zwar inzwischen einiges an *glamour* eingeübt hat, aber auch von seinen politischen Gegnern letztlich für unersetzlich gehalten wird, eine neue Ikone der Kontinuität, der politischen Unveränderbarkeit Italiens: Berlusconi gewissermaßen als „Andreotti der Ara der Videopolitik als Marketing“ – so stellt Diamanti die Verbindungslinie zum ewigen christdemokratischen Senator her, der unsterblichen Symbolfigur der ersten Republik, seit 1945 auf der politischen Bühne und noch immer aktiv, von allen Mafia-Anklagen mangels Beweisen oder wegen Verjährung freigesprochen und somit noch immer allseits geschätzter Buchautor, Topstar im TV-Polit-Entertainment und, *last but not least*, sogar in Werbespots.

Und ebenso unabänderlich erscheint dem Wahlvolk das gesamte politische System, treffend und schlicht *Palazzo* genannt (mit großem P und nur im Singular gebraucht): die zersplitterte und zerstrittene Parteienvielfalt, die fragilen Koalitionen, die aber dennoch halten, weil die Alternative jeweils das politische Aus und das Ende der Pfunde bedeuten würde. Den seit langem angedachten, umstrittenen Vereinigungsbestrebungen der Parteichefs zu zwei großen Sammelparteien auf der linken wie auf der rechten Seite wird von den Wählern in den gängigen Umfragen noch wenig Kredit eingeräumt, auch die Perspektive einer „großen Koalition“ wird mehrheitlich abgelehnt. Dafür sind im noch politisierten Teil des Wahlvolkes ideologische Barrieren immer noch zu wirksam, und viele gesellschaftliche Gruppen sind trotz aller Homologisierungstendenzen noch zu differenziert. Dennoch stehen diese Zusammenschlüsse vornan auf der politischen Agenda für 2007 und spalten die einzelnen Parteien transversal.

Im Gebrauch des Wortes *Palazzo* drückt sich eben auch die Volksferne der offiziellen Politik aus und ihr praktisch unüberbrückbarer Abstand zur so genannten *società civile* (Zivilgesellschaft), die in den letzten Jahren mehr und mehr als bürgernahe Ersatzinstanz propagiert wird. In letzterer ko-existieren aber sowohl die – minderheitlichen – Bürgertugenden, auf die viele Demokraten immer wieder setzen, als auch jene umso ausgeprägtere „Pflege des Eigeninteresses“, die schon von Francesco Guicciardini³⁶ ausgemachte *cura del particolare*, in deren Tiefen auch ein Berlusconi und sein Gefolge wurzeln. Sie ließ in Italien

³⁴ Vgl. Ilvo Diamanti, *L'aspirazione alla normalità del Paese nonostante*, in „La Repubblica“, 2. Januar 2007.

³⁵ Vgl. Valentino Parlato, Herausgeber von *il manifesto*, in seinem Leitartikel vom 28. November 2006: *Dio salvi Berlusconi*.

³⁶ Francesco Guicciardini (1483–1540), einer der größten Denker und Politiker Italiens, im Dienste der Medici illusionsloser Verfechter des Eigeninteresses, noch pessimistischer als sein Zeitgenosse Macchiavelli.

eine breit verankerte Kultur „gesellschaftlicher Verbundenheit“ (*legame sociale*) nicht entstehen, der Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein ist sprichwörtlich. Das Motto „Jeder für sich, keiner für alle“ steht für jene moralische Schwäche, die einst Francesco De Sanctis³⁷ als Ursache für die Dekadenz der Nation benannt hatte: Wenn jeder nur an seinen eigenen Vorteil denkt, erleiden im großen Sturme alle-Schiffbruch.³⁸ Dafür ließe sich eine Reihe historischer Beispiele anführen; man denke nur daran, wie sich der König nach der Aufkündigung des Bündnisses mit den Deutschen im Sommer 1943 mit seiner Generalität aus dem Staube machte und sein Volk den neuen Feinden überließ!

Zur Illustrierung seiner These vom hauptsächlichsten gemeinsamen Interesse der gesamten „politischen Klasse“ von rechts bis links an eigener Machterhaltung benutzt Marco Travaglio den negativ besetzten Ausdruck *inciuuto*, der im Wörterbuch der italienischen Sprache von Tullio De Mauro definiert wird als: „informale Absprache zwischen ideologisch einander entgegen gesetzten politischen Kräften, abzielend auf die Aufteilung der Macht.“³⁹

Eben eine solche hat sich im Laufe der neunziger Jahre durchgesetzt, von der Linken zunächst noch als Gefahr denunziert, doch bald darauf selbst praktiziert, seit 1996, als Massimo D'Alema zunächst mittels einer koalitionsübergreifenden Übergangsregierung, dann mit der Zwei-Kammer-Kommission zur Verfassungsänderung (*bicamerale*) programmatische Absprachen mit Berlusconi anstrebte, die letzter allerdings platzen ließ. Trotzdem erwägen führende Regierungspolitiker heute, an diese Versuche gemeinsamer Absprachen anzuknüpfen. Nach Berlusconi's Machtübernahme 2001 wurde der *inciuuto* dann zur gängigen Praxis, mit der sich auch die Linke in die Tradition des so genannten *trasformismo*⁴⁰ einreihete, deren endemischen Charakter der Historiker Giorgio Galli bei allen bürgerlichen Politikern von der Einigung Italiens (Cavour) bis hin zur christdemokratischen Blockpolitik und den jüngsten Überlegungen zu einer Großen Koalition ausgemacht hat.⁴¹ Nichtsdestotrotz oder wohl gerade deshalb beschwor der neu gewählte Staatspräsident Giorgio Napolitano in seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 2006 seine Mitbürger, sich trotz zunehmender Vereinzelung und Desillusion nicht von der Politik abzuwenden, und er erwähnte lobend den immer noch erstaunlich hohen Grad der Partizipation der Italiener, sowohl bei den Wahlen als auch bei Protestaktionen und Streiks der letzten

37 Francesco De Sanctis (1817–1883), einer der wichtigsten Intellektuellen des 19. Jhdts., Historiker, Literaturwissenschaftler, Politiker und Wegbereiter des *Risorgimento*.

38 Vgl. Norberto Bobbio, *Particolare*, in Giorgio Calciogno (Hg.), *L'identità degli italiani*, Laterza, Bari 1993, S. 167s.

39 Tullio De Mauro, *Il dizionario della lingua italiana*, Paravia, Milano 2000.

40 Begriff, der für die Praxis des Austauschs einzelner Minister zum Erhalt der Regierungen von Ministerpräsident Agostino Depretis in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts geprägt wurde und heute ein Synonym für „Opportunismus“ ist.

41 Vgl. Giorgio Galli, *I partiti politici*, Torino, 1974, p. 24.

Jahre – sowie ihr starkes Engagement bei ehrenamtlichen sozialen und solidarisches Aktivitäten.

Diese Staatsbürgerlegenden behaupten sich nämlich „trotz alledem“, trotz des *Palazzo*, trotz der teilweise skandalösen Unzulänglichkeit der Institutionen. In den Worten Ilvo Diamanti ist Italien denn auch eine „Trotz-alledem-Gesellschaft“, die immer noch starke Widerstandskräfte mobilisieren kann und gerade dann ihr Bestes zu geben weiß, wenn alles zusammenzubrechen scheint; er erinnert dabei an den jüngsten bruchlosen Übergang vom größten Fußball-Korruptionsskandal aller Zeiten, genannt *calciopoli*, zum Weltmeistertitel 2006. Aber wenn sich auf der politischen Ebene tatsächlich – substanzial – nichts ändern sollte, so prophezeit Diamanti, dann könnten die Italiener eben weiterhin nur auf das *particolare* vertrauen, auf das über allem sich behauptende Eigeninteresse der Familie, der sozialen Gruppe, des lokalen Umfeldes.⁴²

V. Kulturferne Konsumgesellschaft

Trotz der großen sozialen Umbrüche seit dem Zweiten Weltkrieg ist die italienische Gesellschaft noch immer auffallend stark geprägt von sozialer Immobilität und relativ geringen Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung und Leistung. In den staatlichen Statistiken figuriert Italien in der Gruppe der Länder mit der größten Ungleichheit und niedrigsten sozialen Mobilität (neben Portugal, Spanien, Irland und Griechenland), wobei der Süden mit den größten Einkommensunterschieden auch die stärkste Rigidität bei den Klassengrenzen aufweist. Aufstiegsversuche aus den unteren Schichten scheitern gewöhnlich an einem Geflecht unsichtbarer Grenzen, der Soziologe Antonio Schizzerotto spricht von „ungleichen Leben“ (*vite ineguali*).⁴³

Die erste Volkszählung nach der Einigung Italiens 1860 verzeichnete 80 % Analphabeten, wenige Regionen des Landes konnten Grundformen allgemeiner Schulbildung: Nur in Piemont und dem Lombardo-Veneto konnte das liberale Bürgertum an die napoleonischen und habsburgischen Schulsysteme anknüpfen. Doch noch bis nach dem Zweiten Weltkrieg war die allgemeine Schulbildung ein Luxus für wenige geblieben: Noch 1951 hatten fast 60 % der Erwachsenen nie eine Schule besucht. Erst 1955 begann dann die Diskussion um die Aufstockung der fünfjährigen Elementarschule mittels einer dreijährigen *scuola media* zu einer allgemeinen und einheitlichen Pflichtschule von acht Jahren, gemäß der Forderung der italienischen Verfassung von 1948. Deren Einrichtung wurde schließlich 1962, also erst fünfzehn Jahre später, zur wichtigsten Reform des italienischen Bildungssystems überhaupt und bildet bis heute sein Rückgrat.

⁴² Vgl. Ilvo Diamanti, *L'aspirazione ...*, a.a.O.

⁴³ Vgl. Antonio Schizzerotto, *Vite ineguali*, il Mulino, Bologna 2006.

Obwohl inzwischen fast 60 % der Schulabgänger einen höheren Schulabschluss haben, erreichen weniger als 10 % einen Universitätsabschluss, und hier überwiegen stark die Akademikerkinder. Die Kluft hat sich im Laufe der Zeit also etwas verkleinert, der Schulbesuch hat insgesamt zugenommen.⁴⁴ Aber die Ungleichheit der Chancen hat sich kaum verringert, noch immer ist man weit entfernt von dem erklärten Ziel jeder öffentlichen Schulbildung, die soziale Emanzipation zu fördern, ein wichtiger Indikator für Demokratie in einer Gesellschaft.

„Im Bildungs- und Forschungsbereich zeigt Italien – auch im Ausland – ein Bild der Armut, es riskiert sogar, in die Kategorie der Länder abzusinken, deren kulturelles Niveau nur schwach entwickelt ist. Es ist nämlich durchaus möglich, intelligent und gleichzeitig unterentwickelt zu sein“, konstatierte Guido Piovene 1957.⁴⁵ Diese Gefahr wird auch heute, ein halbes Jahrhundert später, von dem Wirtschaftswissenschaftler Marcello De Cecco in der mangelnden Requalifizierung der produzierenden Industrie gesehen: Italien läuft seiner Ansicht nach das Risiko, schon bald zu einer „Basar-Wirtschaft“ abzusinken, in der der Warenaustausch die Warenproduktion übersteigt.⁴⁶

Der Sprachwissenschaftler und ehemalige Bildungsminister Tullio De Mauro⁴⁷ bestätigt die Misere: Es gebe in Italien viel zu wenige öffentliche Bibliotheken und Leser, noch immer Analphabetentum.⁴⁸ Die öffentlichen Mittel für Forschung liegen unter der Hälfte des europäischen Mittelwerts, die Anzahl der Forscher ist mit die niedrigste in Europa.⁴⁹ Die Berlusconi-Regierung hat 2004 dann die Ausgaben für Bildung und Forschung um weitere 10 % gesenkt, damit liegen sie, wie 1995, nur bei knapp 1 % des BSP. Daran hat auch die seit 2006 amtierende Prodi-Koalition bisher nichts geändert. Das folgt der globalen Tendenz zum Abbau der öffentlichen Bildungssysteme und zu deren Privatisierung, wie sie von internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank für die Entwicklungsländer propagiert wird.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Die unter Berlusconi regierende Rechte hat 2005 mit der von der Ministerin Morati gezeichneten Schulreform die Differenz

⁴⁴ Von den zwischen 1915 und 1920 Geborenen waren noch 30 % ohne jeden Schulabschluss, über 50 % hatten maximal 5 Jahre die Elementarschule besucht und nur 2 % einen Hochschulabschluss (vgl. Fußnote 47).

⁴⁵ Vgl. Guido Piovene, a.a.O., S. 673.

⁴⁶ Vgl. Marcello De Cecco, *Gli anni dell'incertezza*, Laterza, Roma/Bari 2007.

⁴⁷ Alle folgenden Daten in: Tullio De Mauro, *La cultura degli italiani*, hg. von F. Ermani, Laterza, Bari 2004.

⁴⁸ Knapp 5 % der erwachsenen Bevölkerung, ca. 15 Mio. gelten als halbe Analphabeten und weitere 15 Mio. können elementare Texte kaum lesen und verstehen, d.h. 66 % der Erwachsenen müssen als funktionelle Analphabeten angesehen werden gegenüber immerhin 50 % im europäischen Mittel (sic!), allein Schweden liegt mit unter 30 % weit an der Spitze.

⁴⁹ Die Zahl der angemeldeten Patente liegt bei jährlich nur ca. 750, gegenüber Deutschland mit 15.000 bzw. Japan mit etwa 125.000 pro Jahr.

zwischen schulischer (Theorie) und beruflicher Bildung (Praxis) erneut vertieft, seit jeher ein Charakteristikum der Bildungspolitik in Italien. Sie zementiert damit den Widerspruch zwischen einer herrschenden Klasse, die denken und entscheiden, aber weniger praktisch handeln kann, und die über jene große Masse herrscht, die lediglich über praktische Fähigkeiten verfügt, welche allerdings heute immer schneller veralten. Auch dadurch sind die Herrschenden weit entfernt von den Bedürfnissen und Sorgen der einfachen Leute, die sie zwar verwalteten, aber nur um in der herrschenden Rolle zu überdauern. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist damit zu dem verdamm, was der Physiker Carlo Bernardini den „kulturellen Winter“ (*inverno culturale*)⁵⁰ genannt hat, in dem sie wie im Nebel lebt: in einer Welt, die zu kompliziert geworden ist, als dass man sich in ihr mit geringen persönlichen Kenntnissen noch orientieren könnte.

Bot erst das einheitliche Schulsystem im ganzen Lande die Basis für die Entstehung einer allgemeingültigen Landessprache und Kultur, so kamen dem Radio und seit den sechziger Jahren auch dem Fernsehen eine beträchtliche Bedeutung einerseits zur Verbreitung und andererseits zur Verflachung der Einheitssprache zu. Nur zwanzig Jahre später traten dann allerdings schon die privaten TV-Sender ins Bewusstsein der Mehrheit, und die Gehirnwäsche durch Ablenkung vom Wesentlichen mittels glitzernder Konsumverherrlichung nahm weitere Dimensionen an, in Richtung der schon von Tucholsky denunzierten „Verbreitung der Ignoranz durch Mittel der Technik“.⁵¹

Diese Art von Kulturferne führt letztlich zur Resignation: Wer nämlich das kollektive Leben nicht wirklich öffentlich beeinflussen kann, zieht sich in die Privatsphäre zurück. Gerade diese ist folgerichtig von Berlusconi als neuer Wert propagiert und gefördert worden, nach dem Motto: Kümmert euch nur um euren privaten Kram, für alles andere Sorge ich. In diesem Kontext blüht und gedeiht die Anti-Politik, die dem kompetenten Mann an der Spitze vertraut, der für alle und alles zu sorgen vorgibt.⁵² Der unüberschbare Prozess der Vereinzelung hat soziale Bindungen und Zusammenhänge bereits weitgehend zerrissen, der einstige direkte Austausch zwischen Politikern und Wählern ist ersetzt durch eine Art von „Publikums-Demokratie“ (*democrazia del pubblico*), die eine unmittelbare persönliche Beziehung zwischen dem Demiurgen an der Spitze und dem Zuschauer suggeriert – genau das Gegenteil von öffentlicher Politik, die aus sozialer Interaktion auf verschiedenen Ebenen bestehen soll. An deren Stelle ist die Praxis der Meinungsumfragen getreten, die – überwiegend von kommerziellen Instituten durchgeführt – zu einer der wesentlichen Orientierungsquellen für die populistische Rhetorik der Herrschenden geworden ist.

⁵⁰ Zit. bei T. De Mauro, a.a.O., S. 26.

⁵¹ Dies hatte Tucholsky schon 1924 als Funktion der Massenmedien benannt (*Der neue deutsche Zeitungstil*, in: *Die Weltbühne*, 14.12.1924).

⁵² Vgl. T. De Mauro, a.a.O., S. 20–34.

Interessant sind folgende Daten zur sozialen Selbsteinschätzung, die Ivo Diamanti ausgewertet hat: *Wie sehen sich die Italiener?*⁵³ Zur „*classe popolare*“ (Unterschicht), zählen sich immerhin 40 % der Befragten (= Arbeiter, Arbeitslose, Hausfrauen, sowie 40 % der befragten Angestellten und Rentner, aber auch einer von drei Beamten, sowie einer von vier Unternehmern und einer von fünf Freiberuflern, sowie 1 von 6 Kaufleuten – fast keine Bauern). Zur „*classe media*“ (Mittelschicht) rechnen sich 50 % aller Befragten (die Mehrzahl der Bauern, Angestellten und Beamten, auch die mit niedrigen Gehältern). Nur wenig als 10 % der Bevölkerung rechnen sich der Führungsschicht des Bürgertums zu: nur einer von vier Beamten, weniger als einer von drei Unternehmern. Fast alle Befragten sind der Meinung, dass es ihnen morgen schlechter als heute gehen werde. Obwohl die abhängigen Arbeitsverhältnisse formal zurückgehen, fühlen sich die Arbeitenden in der Unter- wie in der Mittelschicht zunehmend als abhängig, weder der Besitz von Wohneigentum (bei fast 72 %), noch verbliebene Ersparnisse vermitteln noch jenes Gefühl der Sicherheit, der Solidität, das einst die Mittelschicht kennzeichnete.

Unter solchen Umständen gilt die Familie⁵⁴ trotz allem als wichtigstes gesellschaftliches Organisationsmodell. Zwar bestehen mehr als 25 % der 21,8 Mio. Haushalte inzwischen nur noch aus einer Person, 27 % aus zwei Personen, und nur die verbliebene knappe Hälfte hat noch mindestens drei Familienmitglieder; die traditionelle Großfamilie hat sich also auch hier in den letzten dreißig Jahren in kleinere Einheiten aufgelöst. Sie bleiben aber dennoch untereinander vernetzt und leisten nach wie vor den größten Teil der Betreuung von Kindern und Alten, für die der Staat nur wenige Dienstleistungen anbietet.⁵⁵ Ohne Trauschein lebten 2001 nur 3,6 % aller Paare zusammen und die Ehescheidungsrate lag unter 1/1000, was nicht zuletzt auch mit den knappen Netto-Arbeitseinkommen zusammenhängt, die zu den niedrigsten in Europa gehören: die unteren 26 % der Haushalte leben heute von weniger als € 12.000 im Jahr, weitere 48 % haben zwischen € 18.000 und 28.000, lediglich knapp 24 % können über € 33.000–68.000 verfügen und nur 2,2 % der Haushalte über mehr als € 134.000.⁵⁶

Beim Wahlverhalten ergibt sich folgendes Bild: Die oberen 10 % wählen fast kompakt Mitte-Rechts (auf 7 Stimmen für Berlusconi und seine Partner kommt hier nur eine halbe Stimme [0,5] für Prodis Koalition) – die Unterschicht wählt

⁵³ Umfrage der Demos-Coop, zit. nach: Rossana Rossanda, in: *il manifesto*, 7.6.2006.

⁵⁴ Die Widersprüche dieses Modells kommen u.a. auch in folgender Notiz zum Ausdruck, nach der auf die Familie mehr Opfer kommen als auf die Mafia: Alle zwei Tage passiert ein Mordfall innerhalb familiärer Strukturen und trifft 7 von 10 der gewaltsam getöteten Frauen, vor allem im Norden, in Kleinstädten der Lombardei, meist montags. Zit. nach: *La famiglia uccide più della mafia*, in *La Repubblica*, 17.1.2007.

⁵⁵ Vgl. Roberto Volpi, *La fine della famiglia. La rivoluzione di cui non ci siamo accorti*, Milano 2007.

⁵⁶ Zit. nach: *I numeri dell'Italia*, in: *Affari e finanza* (Beilage zu) *La Repubblica*, 8.1.2007.

zu 60 % Prodi und zu 40 % Berlusconi. Laut Chefdemoskop Renato Mannheimer ist der angestrebte Bipolarismus in Italien aber keineswegs durch eine scharfe Gegenüberstellung von links und rechts geprägt, sondern den gut 65 % der Wähler, die traditionell auf beide Koalitionen fast gleich verteilt sind, stehen die restlichen 35 % der Wähler und Nichtwähler gegenüber, die politikfern und entsprechend leicht von einer Propaganda, die ihre Interessen unmittelbar anspricht, manipulierbar sind. Eben dieser Tatbestand gibt populistischer Rhetorik in beiden komplementären politischen Lagern ein Erfolg versprechendes Betätigungsfeld, zumal die Mobilisierung von 3–6 % ausreicht, um die Wahlen zu gewinnen.

VI. Populismus als Erosionsprodukt des Parlamentarismus im Neoliberalismus

Wer das Phänomen „Populismus“ heute als eine pathologische Erscheinungsform der westlichen Demokratie beschreibt, geht dabei implizit von einer normativen Demokratie-Vorstellung aus, deren strukturelle Voraussetzungen bisher nirgendwo realisiert worden sind. Diese Feststellung benennt nicht nur die ewige Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit, sondern wirft eine konkret-historische Frage auf, nämlich die nach der Möglichkeit der Realisierung von „Demokratie“ unter den gegebenen Machtverhältnissen überhaupt, d.h. nach einer politischen Herrschaft der Mehrheit auf der bisher welthistorisch dominanten Grundlage der ökonomischen Herrschaft von Minderheiten, von Oligarchien.

Die Idee einer umfassenderen politischen Herrschaft des Volkes unter der Voraussetzung einer nicht nur formalen, sondern auch strukturell ökonomischen Gleichheit der Subjekte – eine Forderung, mit der sich einst die Linke auf den Banken der französischen *Assemblée* konstituierte – blieb weitgehend desavouiert, noch ehe sie sich in die Praxis umsetzen konnte, und die meisten sozialistischen Ansätze scheiterten, sowohl aufgrund eigener Schwäche und Inkompetenz als auch durch äußere Feinde. Schon Rousseau wusste, dass eine auf das Wahlrecht begrenzte politische Repräsentation unzureichend sein würde. Er hatte in seinem *Contrat social* darauf hingewiesen, dass ein Volk, das sich damit begnügt, alle paar Jahre ein Parlament zu wählen, nicht „frei“ sei (lediglich im Wahlmoment selbst), sondern sich eben mit der Wahlentscheidung auch dieser Freiheit begeben.⁵⁷

Während der Herausbildung industrieller Massengesellschaften hatte die Bourgeoisie ihre oligarchische Herrschaft sukzessive durch eine parteivermittelte Repräsentanz des Volkes in Parlamenten legitimieren müssen. Ausmaß, Methoden und Wirkungen jenes dadurch erzielten Konsenses waren und sind jeweils vom nationalen Kontext bedingt. Inwieweit diese Formen des republikanischen

⁵⁷ Vgl. Jean-Jacques Rousseau, *Contrat social*, Buch III, cap. XV, zit. nach G. Zagrebelsky in: *La Repubblica*, 28.6.2006.

Parlamentarismus mit dem Begriff der „Demokratie“ treffend beschreibbar waren oder sind, bleibt bis heute umstritten; weder in der amerikanischen Verfassung noch in der ersten französischen Republik taucht der Begriff auf. Er bezeichnet denn auch keine spezifische Form politischer Herrschaft oder Regierung, also keinen Verfassungstyp an sich, sondern, wie der Historiker Luciano Canfora präzisiert, Benedetto Croce zitierend, lediglich „eine Art und Weise der Beziehungen zwischen den Klassen mit einem tendenziellen ‚Übergewicht des demos‘, um mit Aristoteles zu sprechen“.⁵⁸

So erscheint es ganz plausibel, dass sich im Übergang zu den so genannten „post-industriellen“ Gesellschaften vielfältige Erosionen der parlamentarischen Systeme beobachten lassen: Einstige Klassenzugehörigkeit als Basis für politische Meinungsbildung weicht Tendenzen sowohl zur Vereinzelung, als auch zu neuen Gruppenbildungen; die Frage nach kulturellen oder ethnischen „Identitäten“ ersetzt die polit-ökonomisch geprägte Klassenfrage, und sie wird eher einschränkend und abgrenzend, als solidarisch und einbeziehend beantwortet. Die rhetorische Evokation alternativer „Gemeinschaften“ mit stark populistischen Akzenten fällt in solchem Kontext nun auf fruchtbaren Boden. Somit erscheint der heutige Populismus als ein Erosionsprodukt im Hinblick auf einen einstigen formaldemokratischen Repräsentationsanspruch, aber damit auch als zeitgemäße Ergänzung zur Diktatur der herrschenden Oligarchien. Der heute überwiegend fernsehvermittelte Populismus (den man auch schlicht mit „Volksverdummung“ übersetzen könnte) verbreitet schlüssig die Ideologie der Konsumgesellschaft, deren Methoden und Folgen sich nicht nur in Italien fast keine politische Gruppierung mehr entziehen kann. In diesem Sinne ist „der Populismus heute nicht nur der anarchische Schatten der Globalisierung (...)“, und vor allem „keine pathologische Erscheinung, sondern eher umgekehrt ein Indikator für die ‚Krankheit‘ der repräsentativen Demokratie“, wie Karin Priester treffend feststellte.⁵⁹ Erst die Legitimationskrise dieser repräsentativen Demokratie gegenüber einer nicht mehr national verfassten, nicht mehr auf Arbeit für alle gegründeten Gesellschaft schafft ihm nämlich seinen funktionalen Sinn.

Priester steht in den „Populisten der Mitte (...) die Produkte des Liberalismus im Stadium seines Niedergangs“, übereinstimmend mit dem Historiker John Lukacs,⁶⁰ der meint, die tradierte Demokratie könne nicht länger existieren, wenn der alte Liberalismus an sein Ende gelangt sei: „Das Ende der sogenannten ‚Moderne‘ zeigt die Zeichen einer neuen Barbarei, aber es ist nicht sicher, ob, wie und wann sie uns umwerfen wird“. Damit setzt Lukacs noch auf die Unvorhersehbarkeit der Geschichte, bzw. auf die Komplexität jener möglichen Konsequenzen der demokratischen Epoche, bei denen noch offen sei, ob sie zu einer Involution oder doch noch zu einer Evolution führten.

⁵⁸ Vgl. Luciano Canfora, *Eine kurze Geschichte der Demokratie*, Papyrossa, Köln 2006, S. 354f.

⁵⁹ Vgl. K. Priester, a.a.O., S. 310.

⁶⁰ Vgl. J. Lukacs, *Democrazia e Populismo*, Longanesi, Milano 2006.

Nach dem Urteil des französischen Politologen Marc Lazar⁶¹ stellt die italienische Entwicklung im Grunde nur eine Umbruchsituation dar, wie sie auch andere europäische Gesellschaften in ähnlicher Form erleben. Italien ist für ihn eine Art Laboratorium für den „postindustriellen Populismus“, so wie es unter Mussolini das Laboratorium des Faschismus war. Den Einbruch Berlusconi in die politische Szene wertet er jedoch als beunruhigende politische Mutation, die die italienische Situation heute von anderen unterscheidet, als „eine reale Anomalie im Verhältnis zu den anderen Nationen Europas.“ Dennoch beantwortet er die Frage, ob Berlusconi die italienische Demokratie tatsächlich geschwächt und sie an den Rand eines autoritären Regimes gedrängt habe, eher negativ. Denn seiner Ansicht nach gehöre die Opposition in Italien immer noch zu den robustesten in Europa, obwohl die übermächtige Telekratie sie fast erdrücke. Lazar registriert vor allem die immer noch präzente Bewegung und Kreativität der Opposition in der Öffentlichkeit, und setzt darauf, dass die demokratische Zivilgesellschaft gegenüber populistischer Erosion „halten möge.“

Damit teilt er offenbar die Hoffnung all jener, die seit langem und parallel zum „Verlust der Politik“ die Idealisierung der Zivilgesellschaft (*società civile*) gewissermaßen als systemkonformes Korrektiv betreiben; die das Problem also vor allem in der medienpolitischen Machtfülle Berlusconi sehen und weniger in jenen sozioökonomischen und politischen Strukturen, die ihn hervorbrachten und die alten Kontrollmechanismen der herrschenden Klasse gleichsam modernisierten. Doch diese bleiben auch über ihn hinaus bestimmend für die aktuelle Phase der „deregulierten“ Herrschaft von Oligarchien, die sich eben jeder „demokratischen“ Kontrolle entziehen. Es ist zwar durchaus zutreffend, dass die politischen Manifestationen der italienischen Zivilgesellschaft bisher immer wieder deren Lebendigkeit unter Beweis gestellt haben, aber gleichzeitig offenbaren sie auch eine strategische Perspektivlosigkeit derselben, die zunehmend auswegloser erscheint und jeden auf sie gegründeten Optimismus in Frage stellt.

Eben diesem Bewusstsein hat der letzte Artikel von Luigi Pintor – geschrieben kurz vor seinem Tode 2003 – luziden Ausdruck verliehen: „Die italienische Linke, die wir kennen, ist tot. Wir geben das nicht zu, weil sich eine Leere auftäut, die der politische Alltag nicht zulässt. So können wir uns zwar noch mit partiellen Wahlergebnissen oder einer imponierenden Massendemonstration trösten, aber die repräsentative Linke ist als Handlende von der politischen Bühne abgetreten.“⁶² Erinnert einen das nicht an das Urteil Carl von Ossietzkys über die „Deutsche Linke“ aus dem Jahr 1924? Er schrieb damals: „Es gibt keine Republik, weil es keine Linke gibt. Weil das große Moorgelände der ‚Mitte‘ alles auf-

⁶¹ Vgl. M. Lazar, *L'Italie à la dérive*, Perrin, Paris 2006.

⁶² Erschienen in der Tageszeitung *il manifesto* am 24.4.2003, deren Begründer Pintor war, einer der bedeutendsten marxistischen intellektuellen Italiens. Zit. nach S. Böhme-Kuby, *Italiens Linke in der Defensive*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/03, S. 794.

saugt. Weil man sich lieber ‚ausbalanciert‘ als kämpft.“⁶³ Wie alt erscheint die Aktualität!

Pintor begründet sein desillusionierendes Urteil damit, dass die Linke „keine politische Seele und keine glaubhafte Physiognomie mehr hat“; weite Teile ihres Wählerpotentials suchten heute nach neuen Aggregationsformen, und vielfältige außerparlamentarische Bewegungen brächten – weltweit – linke Grundbedürfnisse zum Ausdruck, allerdings, so Pintor, in einer den globalen Anforderungen politisch nicht adäquaten Weise: „Es bedarf keiner Wende, sondern einer Umwälzung und zwar einer sehr radikalen. (...) Es gibt eine zweigeteilte Menschheit, ober- und unterhalb der Institutionen, die unversöhnlich ist im Fühlen und Sein, (...) und die mit der alten Terminologie von links und rechts nicht mehr zu erfassen ist.“ Eine neue politisch „grenzenlose“ Dimension sei nötig: „Sie soll nicht morgen siegen, sondern muss jeden Tag handeln und das Feld bestellen. Ihre Aufgabe ist es, das Leben neu zu entwickeln, in einer Zeit, die uns des Lebens beraubt in bisher nie gekannter Weise.“

Franz Rest, Rudi Renger

Die Neue Kronen Zeitung Massenmediales Flaggschiff aller österreichischen Populisten

Die *Neue Kronen Zeitung*, Österreichs kleinformatiger „Auflagenriese“ (Pürer 1996, 417), nimmt im Vergleich mit anderen Produkten des österreichischen wie auch europäischen Pressemarktes eine Sonderstellung ein. Die Erfolgsstory der *Krone* weist zum einen zwischen 1950 und Mitte der 1980er Jahre in der von Pürer (1996, 416ff.) so genannten „Phase der Konzentration und Konsolidierung“ der Presse in Österreich eine Reihe von – positiven wie negativen – Alleinstellungsmerkmalen auf. Zum anderen ist sie gemessen an der Druckauflage von 992.779 Exemplaren (44,9 Prozent)¹ im Jahr 2005 (vgl. Petritsch 2007, 104) seit rund vier Jahrzehnten nicht nur die größte Tageszeitung Österreichs. Für den Münchner Journalistikprofessor Heinz Pürer ist das traditionsreiche Boulevardblatt in Hinblick auf seine Reichweite von mehr als 40 Prozent „relativ gesehen eine der größten Tageszeitungen der Welt (wenn nicht sogar die größte).“ (Pürer 1996, 420)

Seit ihrer Gründung 1900 und der späteren Wiederbegründung 1959 – am 1. September 1944 wurde die *Kronenzeitung* mit drei weiteren österreichischen Kleinformatzeitungen zur *Kleinen (Wiener) Kriegszeitung* zusammengelegt und kurz darauf eingestellt (vgl. Petry 2006, 93) – fungiert die *Kronen Zeitung* aber auch gewissermaßen als Spaltpfeiler der österreichischen intellektuellen, künstlerischen wie auch bürgerlichen Gesellschaft. Das Spektrum der Einschätzung beginnt bei subjektiven Lobpreisungen des Blattes wie jener des langjährigen *Krone*-Kolumnisten Ernst Trost, der seine Redaktion als volksnahe und volkstümliche Vertreterin eines unabhängigen Journalismus definiert: „Hier ist eben auf dem Traditionsfundament einer aus Blut und Herz gemixten Volkszeitung für die unteren Klassen ein Massenblatt entstanden, das alle Klassenbarrieren

¹ Die verbreitete Auflage betrug 2005 insgesamt 891.407 Stück, die verkaufte Auflage 851.354. (vgl. Petritsch 2007, 102; Zahlenangabe von ÖAK Tageszeitungen 2005 sowie Media-Analyse Tageszeitungen 2005). Im Jahr 2006 betrug die verbreitete Auflage im Jahresdurchschnitt 891.099 Stück, die verkaufte Auflage 847.320 Stück (siehe ÖAK 2007a, Tageszeitungen 2006). 2007 hat die Mediaprint (in der v.a. die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung *Neue Kronen Zeitung* und der bisher im Auflagen-Ranking an dritter Stelle gelegene *Kurier* „beheimatet“ sind) ihre Mitgliedschaft in der Auflagenkontrolle gekündigt. Sie wirft der Auflagenkontrolle eine „Verwässerung der Qualitätskriterien“ bei der Ausweisung der seit Oktober 2006 neu erscheinenden Tageszeitung *Österreich* vor. Diese Prüfung sei nur „oberflächlich“ gewesen, und durch das „Zwischenschalten von Drittfirmen“ sei es zu einer Umgehung der Prüfbestimmungen gekommen (vgl. ÖAK, Aktuelles, Pressemitteilung vom 16.3.2007).

⁶³ C.v. Ossietzky, *Deutsche Linke*, in: Das Tagebuch, hg. von Stefan Grossmann und Leopold Schwarzschild, 20.9.1924.